

Magistrat der Stadt Eschborn  
Büro der Stadtverordnetenversammlung  
Rathausplatz 36  
65760 Eschborn

Per E-Mail an: [buero-stvv@eschborn.de](mailto:buero-stvv@eschborn.de)

FDP-Fraktion Eschborn  
Christoph Ackermann  
Hauptstraße 55  
65760 Eschborn  
0160-939 26445  
[christoph.ackermann@fdp-eschborn.de](mailto:christoph.ackermann@fdp-eschborn.de)

Eschborn, den 14.01.2026

**Antrag der FDP-Fraktion zur Entfernung des Buttons „Meldestelle Hessen gegen Hetze“ von der Internetseite der Stadt Eschborn**

**Thema: Meldeportal**

Beratungsreihenfolge:

Haupt- und Finanzausschuss (HFA)  
Stadtverordnetenversammlung

Die Stadtverordnetenversammlung möge wie folgt beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt den Button „Meldestelle Hessen gegen Hetze“ von der Internetseite der Stadt Eschborn zu entfernen und jede weitere Werbung für dieses Portal zu unterlassen.

Begründung:

Bei der „Meldestelle Hessen gegen Hetze“ handelt es sich um ein Portal, über das Inhalte weit unterhalb der strafrechtlichen Relevanz anonym gemeldet werden können. Dies birgt die Gefahr, ein Klima des Misstrauens zu fördern und staatlich gestützte Denunziation zu begünstigen. Bereits die Existenz solcher Meldestellen kann Bürgerinnen und Bürger verunsichern und dazu führen, dass kontroverse Diskussionen und freie Meinungsäußerungen eingeschränkt werden.

Hinzu kommt, dass der Betrieb solcher Meldestellen einer politischen Steuerung und Ausrichtung unterliegt. Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit verdeutlichen die Problematik:

- Ein Rentner aus Unterfranken erhielt nach der Bezeichnung des Bundeswirtschaftsministers Robert Habeck als „Schwachkopf“ Besuch der Polizei, einschließlich einer Hausdurchsuchung.
- Auch der Medienwissenschaftler Norbert Bolz sah sich nach einem ironischen Kommentar in sozialen Medien einer polizeilichen Durchsuchung gegenüber.

Beide Fälle wurden zuvor über „Hessen gegen Hetze“ gemeldet.

Strafbare Inhalte können bereits über die bestehenden Kanäle von Polizei und Justiz angezeigt werden. Ein zusätzliches Portal ist daher nicht erforderlich. Die Statistik der Meldestelle selbst zeigt, dass rund 99 Prozent der Meldungen nicht zu Ermittlungsverfahren führen und lediglich etwa 0,1 Prozent in rechtskräftigen Urteilen enden. Ein Portal, das überwiegend folgenlose Anzeigen erzeugt, leistet keinen Beitrag zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger, sondern öffnet Raum für politische Instrumentalisierung.

Die Stadt Eschborn sollte Meinungsfreiheit, Meinungsvielfalt und offene Diskussionen fördern – nicht Misstrauen und anonyme Meldesysteme. Die Entfernung des Buttons auf der städtischen Homepage sowie das Unterlassen jeglicher Werbung für das Portal sind daher aus Sicht der FDP dringend geboten.

gez. Ackermann  
Fraktionsvorsitzender